

General-Anzeiger

Elberfeld

für Elberfeld-Barmen

Hauptgeschäftsstelle u. Redaktion Walter-Rathenaustr. 50
Barmen: Hauptgeschäftsstelle u. Redaktion Neuerweg 57

(Allgemeine Zeitung für Berg und Markt.)

Barmen
Hauptgeschäftsstelle u. Redaktion Neuerweg 57
Barmen: Hauptgeschäftsstelle u. Redaktion Neuerweg 57

Die Reparationsfrage in der belgischen Kammer.

Eine Rede Vanderveldes. — Jaspars
gegen die deutschen Sozialisten. — Die
belgischen Anträge gegen Deutschland.

GA Brüssel, 13. Juni. (Eig. Drahtb.) In der belgischen Kammer kam es zu einer großen Rede Vanderveldes über die Reparationsfrage. Zunächst sprach er über die belgische Sozialistische Partei, die das Wort und die Rechte der belgischen Arbeiter in Frankreich und Belgien sich gewahrt haben, mit England an einer gemeinsamen Antwort auf die erste deutsche Note zusammenarbeiten. Vandervelde legte dar, daß in Deutschland eine sozialistische Partei besteht, die auf die Durchführung der Reparationen dringt. Er sagte hinzu, daß alle Länder Europas solidarisch seien und daß man sich hüten müsse, nicht Deutschland zu gefährden. Durch man die ganze Welt verstanden würde. Die belgischen Sozialisten seien bereit, alle Unterhaltungen zu fördern, die darauf ausgehen, einen genauen Reparationsplan herzustellen und für dessen Unterfertigung aller Alliierten zu erhalten. Jaspars antwortete eingehend dem Sozialistenführer und gab zuerst eine Übersicht über die Nichterfüllung seitens Deutschlands. Er fuhr dann fort: Wenn Sie sagen, es gebe zwei verschiedene Deutschlands, so muß ich Ihnen antworten, daß die sozialdemokratische Partei, als sie an der Macht war, niemals etwas getan hat, um die Reparationen durchzuführen. Ich glaube an die Erklärungen der deutschen Sozialdemokraten nicht mehr, als ich an diejenigen des Reichspräsidenten und an diejenigen der Reichsregierung. Ich kenne nur ein Deutschland, nämlich das Deutschland der Nichterfüllung, das Deutschland, das nicht bezahlen will. Natürlich! Es gibt täglich Millionen von Goldmarken aus für seine Propaganda im Ausland. Ich habe die Pflicht, zu sagen, daß unsere Haltung gegenüber unserer Interessen und unserer Pflichten, daß sie in der Arbeiterklasse die unglaubliche Vorstellung geschaffen hat, daß die deutschen Sozialisten Herrscher sind. Wir wollen die einzige Vorgangsweise andeuten, die uns noch übrig bleibt und die die Deutschen verstehen: Wir werden im Ruhrgebiet bleiben, bis wir Reparationen erhalten haben. Die französische Regierung, das kann ich versichern, hat den belgischen Gedanken. Sie verfolgt keinerlei politische Zwecke, was sie immer wieder wiederholt hat. Das soll man den Arbeitern sagen. Es ist nicht unser Ziel, Deutschland zu ruinieren, noch dazu beizutragen, daß es zusammenbricht. Unser Ziel ist es, die deutsche Industrie dazu zu bringen, nachzugeben. Sie werden mit mathematischer Sicherheit gebrochen. (1) Am Anfang wollte man kein Angebot machen, heute liegen bereits zwei vor. Sie sind zweifellos unannehmbar, aber man wird jenseits des Rheins noch zu vernünftigen Dingen gelangen. Es ist zunächst notwendig, daß die Reichsregierung den Widerstand zum Aufhören bringt, den sie organisiert hat. Ich unterbreite diese Worte: Den sie organisiert hat. Es ist nötig, daß man aufhört, unsere Leute zu töten.

Jaspars als gelehriger Schüler und gehorsamer Diener Vanderveldes kann natürlich keine anderen Worte finden als sein großer Meister an der Seine. Dieser aber, der das längst wiederholt beleuchtete Märchen von der Organisation des passiven Widerstandes. Nein, und immer wieder nein! Der passive Widerstand schlug aus dem Volk mit aller Gewalt plötzlich heraus und seine Wirksamkeit nach dem Gegnern. Darum beschließen sie mit machendem Ansturm von allen Seiten, uns diese schreckliche Waffe, die einzige, die uns noch blieb, aus der Hand zu schlagen.)

Neue deutsche Einspruchsnote.

Gegen die Einführung des Franken
im Saarland.

WTB. Berlin, 12. Juni. (Drahtb.) Die deutsche Regierung hat an die Regierungskommission des Saargebietes die nachstehende Einspruchsnote übergeben:

Die Regierungskommission des Saargebietes hat am 18. Mai eine Verordnung erlassen, durch die die französische Währung als alleiniges gesetzliches Zahlungsmittel im Saargebiet eingeführt wird. Die deutsche Regierung hat ihren Standpunkt zur Frage der Währung im Saargebiet bereits in dem Schreiben vom 18. April 1921 aus Anlass der Verordnung der Regierungskommission vom 18. März 1921 über die Erhebung aller Gebühren im Geldverkehr, Post, Telegraphen- und Telefonverkehr und die Zahlung aller Gebühren und Steuern der Beamten der Regierungskommission und der Verwaltung in Franken dargelegt. Wie kann angesichts der neuen Verordnung der Regierungskommission vom 18. Mai nur auf die Ausführungen ihres damaligen Schreibens verwiesen werden. War schon die Verordnung vom 18. März 1921 mit dem Paragraphen 32 der Anlage zu Artikel 45 bis 50 des Versailles-Vertrages nicht zu vereinbaren, so muß die neue Verordnung eine noch weit schwerere Verletzung dieser Vertragsbestimmungen darstellen. Die Regierungskommission nimmt zu Unrecht im Einklang der Verordnung vom 18. Mai auf Paragraph 32 Absatz 2 der erwähnten Anlage Bezug. Absatz 2 des Paragraphen 32 räumt nur dem französischen Staat das Sonderrecht ein, sich bei Käufen,

Zahlungen und Verkäufen über die Ausbeutung der Kohlengruben und ihrer Nebenanlagen des französischen Gebietes zu bedienen. Es ist nicht ersichtlich, wie die Regierungskommission, die nach dem System des Versailles-Vertrages von der Grubenverwaltung des französischen Staates für die Kohlenförderung in diesem Gebiet Rechte für sich herleiten will, das einseitig zum Ausdruck bringt, daß der Franken im Saargebiet neben der gesetzlichen Zahlungsmittel die Stellung eines gebildeten Zahlungsmittels einnehmen soll. Die deutsche Regierung erhebt gegen die Verordnung vom 18. Mai mit allem Nachdruck Einspruch und verlangt ihre Aufhebung.

Eine Abschrift dieser Note hat die deutsche Regierung dem Völkerbund zugehen lassen.

Deutliche Zeichen!

GA Paris, 13. Juni. (Eig. Drahtb.) Nach den nunmehr vorliegenden Zahlen ist in den Monaten Januar bis April die französische Einfuhr aus Deutschland gegenüber dem Vorjahre um 195 Millionen Franken zurückgegangen. Sie ist von 426,9 auf 231,6 Millionen gesunken. Die Ausfuhr Frankreichs nach Deutschland hat in der gleichen Zeit betragen 173,5 Millionen Franken gegen 562,2 Millionen im Vorjahre. (Infolge des französischen Militarismus überall Rückgang statt Aufbau.)

Was du nicht willst, das man dir tu...

Russisch-britischer Notenwechsel.

WTB Moskau, 12. Juni. (Drahtb.) Der Volkskommissar für auswärtige Angelegenheiten, Litwinski, richtete an die englische Regierung eine Note, in der es u. a. heißt: Einseitlich die Propaganda, die im britischen Memorandum als die wichtigste Frage bezeichnet wird, ist die Ratifizierung der Verträge, die von der britischen Regierung vorgeschlagenen erweiterten Vorläuf der entsprechenden Stelle des englisch-russischen Handelsabkommens als Grundlage für die gegenseitigen Verpflichtungen angenommen werden. Die britische Regierung wünscht den Charakter dieser Verpflichtungen genauer zu fassen, und zwar in dem Sinne, daß zukünftig die Unterhaltung des monarchischen und absolutistischen Regimes die britische Regierung über die Regierungen ihrer Kolonien, Dominien, Protektorate usw. ausgeschlossen wird. Die Ratifizierung bedeutet ferner, daß trotz ihrer beiderseitigen Zustimmung die britische Regierung von ihrem Ultimatum nicht nur keinen Abstand genommen, sondern die früheren Forderungen noch ausdehnt und neue aufstellt und damit die russische öffentliche Meinung zu der Schlussfolgerung zwingt, daß die Zugeständnisse der einen Seite nur die Ansprüche der anderen steigern. So liegt in der wiederholten Forderung der Abkehrung von verantwortlichen Vertretern der Ratifizierung eine Einseitigkeit, die dem Prinzip der Gegenseitigkeit völlig widerspricht. Die britische Regierung ist im Besitze von Tatsachen und Dokumenten über die Tätigkeit verantwortlicher englischer Agenten, die an der Organisation von Aufständen in Turkestan und im Kaukasus sich beteiligten. Wenn die britische Regierung diese Tatsachen berücksichtigt hätte, würde sie nicht auf ihren Forderungen bestehen haben. Neu ist die Forderung der Anerkennung der Verpflichtung zur Entschädigung englischer Bürger als Bedingung der Aufrechterhaltung des Handelsabkommens, in das dieser Punkt gar nicht aufgenommen worden ist. Die britische Regierung bestreitet nicht, daß viele englische Bürger infolge der Revolution und des Bürgerkrieges große Verluste erlitten haben. Diese stehen aber in keinem Verhältnis zu den ungeheuren Verlusten, welche die Sowjets und die Interventionen der Verbündeten in der russischen Revolution rufen. Die britische Regierung ist bereit, die britischen Bürger zu entschädigen, aber nur auf der Grundlage voller und wirklicher Gegenseitigkeit. Bezüglich der Abkehrung der russischen Vertreter in Teheran und Kabul glaubt die britische Regierung, daß eine so außerordentliche, wenn auch im letzten britischen Memorandum gemilderte Maßnahme nur nach gemeinsamer sachlicher Untersuchung der gegenseitigen Bedürfnisse getroffen werden kann. Schließlich erklärt die britische Regierung, daß sie ebenso wie Großbritannien die Aufhebung der Handelsbeziehungen für ein großes Unheil halten würde. Aus diesem Grunde habe sie früher und auch jetzt wichtige Zugeständnisse gemacht. Die britische Regierung, mit dem Volkskommissar für auswärtige Angelegenheiten zusammenzutreffen, sei, daß die Hindernisse für die Beilegung des Konfliktes nicht auf russischer Seite liegen. Die britische Regierung hofft jedoch, daß die britische Regierung die nötigen Schritte unternehmen wird, um auf Grund der Gleichberechtigung nicht nur die Befriedigung, sondern auch die weitere Entwicklung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Staaten zu sichern.

Alles in der Schwebe.

Vermutungen über die Beratungen des englischen Kabinetts.

GA London, 13. Juni. (Eig. Drahtb.) Die „Times“ berichten zuverlässig, daß die von anderen Zeitungen gebrachten Meldungen über die Beschlüsse des englischen Kabinetts nicht den Tatsachen entsprechen. Eine endgültige Entscheidung werde wahrscheinlich noch eine Zeit auf sich warten lassen. Zwar werde eine zu spät gefundene Lösung die Gefahr in sich, daß überhaupt die Möglichkeit einer Entscheidung in Frage gestellt werde. Aber bevor sich die Alliierten auf die Lösung der wirtschaftlichen Fragen konzentrieren könnten, müßten sie erst versuchen, ihre weit voneinander abweichenden Ansichten über die Lage im Ruhrgebiet in Einklang zu bringen. Die wichtigste Frage sei, ob die Ruhrangelegenheit so geordnet werden könne, daß sie nicht länger ein unüberwindliches Hindernis für eine vernünftige Unterhandlung der Reparationsfrage bilde. Die englische Regierung so schreibt das Blatt, „kann nichts unternehmen, was als eine ausdrückliche Billigung der Ruhrbesetzung ausgelegt werden könnte.“

Die in dem Zeitungsartikel sehr deutlich zutage tretenden Meinungen der englischen Regierung, in einer Atmosphäre ruhiger Verhandlungen Zeit zu gewinnen, wird auch wesentlich von einem neuen Umstand bestimmt, der erst in den letzten Tagen eine bedeutende Rolle gespielt hat. Wie man hier annimmt, hat die amerikanische Regierung, wie von „Daily Telegraph“ aus Washington gemeldet wird, erklärt, sie sei bereit, sich auf Einleitung einer Untersuchung der Reparationsfrage zu beteiligen, und diese Erklärung auf Aufforderung der Londoner Regierung abgegeben. Baldwin beschäftigt sich mit dem Plan, wenn eine Einigung über den passiven Widerstand zustande gekommen sei, den Vereinten Staaten über einem von der amerikanischen Regierung zu ernennenden Sachverständigen das Amt eines Schiedsrichters in der wirtschaftlichen Reparationsfrage zu übertragen.

Eine zusammenfassende Darstellung.

EP. London, 12. Juni. (Drahtb.) Über den gestrigen Ministerrat werden keine offiziellen Erklärungen veröffentlicht. An amtlicher Stelle wird aber die Stellungnahme des Kabinetts wie folgt zusammengefaßt:

1. Die französische Forderung, wonach Deutschland aufgegeben werden soll, den passiven Widerstand einzustellen, bevor irgendwelche Unterhandlungen eröffnet werden können, wird als undurchführbar betrachtet. Die englische Regierung ist in der Tat der Ansicht, daß im gegenwärtigen Zustand der Gemüter in Deutschland keine Regierung in Berlin die Zurückziehung der Verordnung übernehmen kann, die sich auf den passiven Widerstand gegen die französisch-belgische Besetzung bezieht. Es wäre sogar zu befürchten, daß eine kommunistische Revolution herbeigeführt würde, wenn Dr. Cuno einer ausländischen Aufforderung nachgäbe.

2. Die englische Regierung wünscht aber gleichwohl, einen Bruch mit Frankreich zu verhindern, und hat sich deshalb bestrebt, einen Vorschlag auszuwerfen, der der französischen Regierung unterbreitet werden wird. Sie ist der Ansicht, daß insbesondere der von Deutschland angebotene Betrag offensichtlich ungenügend ist. Die englische Regierung werde auf keinen Fall ihre Zustimmung zu einer Wahl geben, die hinter denjenigen des Planes Bonar Law zurückbleibt. Die englische Regierung ist aber gleichwohl der Ansicht, daß die letzten deutschen Vorschläge als Ausgangspunkt für eine Diskussion unter den Alliierten dienen können.

3. Wenn Frankreich auf seiner Forderung bestünde, wonach der passive Widerstand von vornherein aufgehoben habe, schäme die englische Regierung sich, die Alliierten eine solche Forderung zu unterstützen. Die Alliierten könnten eine Sachverständigenkommission einsetzen, die beauftragt wäre, eine Untersuchung über die deutsche Zahlungsfähigkeit sowie über die verschiedenen Ansichten der Reparationsprobleme, der Kriegsausgaben und der französisch-belgischen Sicherheit anzustellen. Wenn zufolge dieser Untersuchung eine Einigung zwischen den Alliierten zustande käme, so wäre die englische Regierung bereit, Vorschläge zu machen, die der deutschen Regierung zu erheben, damit sie dem System des passiven Widerstandes ein Ende bereite.

Die Auffassung in Berlin.

GA Berlin, 12. Juni. (Eigener Drahtb.) Die Ansicht des englischen Kabinetts kann man kurz auf folgende Formel bringen: England will bei Besprechung der Frage der deutschen Wiedergeburt die Zahlungsansprüche Frankreichs als erste Entgeltleistung anerkennen, aber es will auch Deutschland gegenüber eine Forderung unterbreiten, die erfolgreiche Verhandlungen von vornherein unmöglich machen würde. Man hat in England offenbar klar die ungeheuren Gefahren erkannt, die in einer plötzlichen Aufgabe des passiven Widerstandes für Deutschland liegen, und die man kurz mit dem Wort Chaos umschreiben kann.

Das Abwägen in diesem Punkte aus der deutschen Standpunkte ergibt sich, geht aus der Auslassung hervor, die heute morgen die „Times“ veröffentlicht haben.

nistische „Rote Fahne“ bringt und in der der deutschen Regierung gedroht wird, daß die Ruhr- und Rheinbevölkerung nicht dulden werde, daß die Regierung eufettia von sich auf den passiven Widerstand vor dem Beginn von Verhandlungen aufgibt.

Trotzdem sich also in England einiges Verständnis für die schwierige Lage Deutschlands zeigt, ergibt sich doch ohne weiteres aus der Gesamtanlage der Notwendigkeit, der weiteren Entwicklung mit größter Zurückhaltung entgegenzusehen. Es handelt sich zunächst nur um Vorverhandlungen, bei denen man abwarten muß, ob es gelingt, die beiden oben angezeichneten Richtlinien der englischen Politik innerzuehalten, oder ob England unter dem Druck der Schwierigkeiten das eine Ziel hinter dem andern zurücktreten läßt. Aber auch dann, wenn sich für die beiden Ansichten ein Kompromiß auf mittlerer Linie finden läßt, so werden die Gegensätze zwischen den Alliierten unter Hinzuziehung Deutschlands verlaufen, die außerordentlich verwickelten Probleme der Lösung der Wiedergeburtungsfrage und der wirtschaftlichen und politischen Sicherheiten zu verwirren. Bei der Haltung der französischen Regierung ist vorzudenken, daß dann ein Kampf um jede einzelne Position beginnt, ein Kampf, der notwendigerweise zu den schwersten Folgen führen muß. Unter diesen Umständen ist es noch der Auffassung aller politischen und parlamentarischen Kreise, in denen man die verschiedenen Londoner und Pariser Auslassungen sehr eifrig erörtert, notwendig, sich mit Geduld zu wappnen und ohne Optimismus, allerdings auch ohne entmutigenden Pessimismus die kommenden Auseinandersetzungen zwischen London und Paris zu verfolgen.

Frankreichs Ansicht.

WTB Paris, 12. Juni. (Drahtb.) Gaby macht folgende offizielle Mitteilung über die Lage: Im Ministerium für auswärtige Angelegenheiten hat heute morgen keinerlei offizielle Nachricht über die Beratung des englischen Ministerrats vorgelegen. Man bewahrt dementsprechend in politischen Kreisen in dieser Beziehung unbedingte Zurückhaltung. Die Minister, die wie jeden Dienstag, unter dem Vorsitz Poincarés Ministerrat abhielten, haben nicht über die Haltung des Ministeriums Baldwin gesprochen. Es ist nicht die Meinung der Regierung, eine Bestätigung der heute vormittag von Gaby veröffentlichten Informationen erhalten haben wird, wird sie ihre Entscheidung treffen.

Weiter besagt die Mitteilung, es erscheine für diesen Fall zweifelhaft, ob man den englischen Vorschlag, die deutschen Angebote als Grundlage für interalliierte Verhandlungen zu betrachten, annehmen könne, ohne daß Deutschland zunächst seinen passiven Widerstand einstelle. Unwahrscheinlich sei auch, daß der angebliche englische Vorschlag, eine Sachverständigenkommission einzusetzen, günstiger aufgenommen werde. Eine beratende Konferenz könnte nur auf die erneute Bestätigung der Meinungsverschiedenheiten hinauslaufen, die zwischen den Auffassungen der englischen und französischen Regierung hinsichtlich der deutschen Zahlungsfähigkeit und der Methoden bestehen, mittels deren die Ausführung der deutschen Verpflichtungen zu erzielen sei.

FZ Paris, 13. Juni. (Drahtb. d. Frankf. Ztg.) Poincaré hat den Vertretern der Pariser Mächte heute erklärt, es sei ihm, da er von der Londoner Entscheidung nur durch die Mächte Kenntnis erhalten habe, bisher nicht möglich gewesen, sich darüber ein Urteil zu bilden. Immerhin wird am Quai d'Orsay bestätigt, daß der gestern um Mitternacht von Gaby verbreitete Bericht im wesentlichen den Tatsachen entsprechen würde. In politischen Kreisen begegnet man allgemein der Auffassung, daß die französische Regierung es nicht bis zum äußersten kommen lasse und die möglichen Konzeptionen an den britischen Standpunkt machen werde, um die Konversation in Gang zu halten. Das wichtigste Moment für die Beurteilung der Lage ist, daß kein der vom Quai d'Orsay direkt inspirierten Mächte von der englischen Regierung bezeichnet wird, ablehnt, sondern daß selbst die nationalsozialistischen Abwehrblätter mit unerkennbarem Gefühl der Erleichterung konstatieren, daß nicht alles verloren sei, daß die Gefahr des Bruchs zwar groß, der Bruch selbst aber noch keineswegs erfolgt sei.

Die „Liberté“ verrät, daß die belgische Regierung bereits am Samstag in London unter prinzipieller Aufrechterhaltung des Standpunktes, daß eine Antwort auf die deutschen Vorschläge erst nach der Einstellung des passiven Widerstandes erfolgen könne, einen Entwurf für eine solche gemeinsame Note überreicht habe, ohne davon zuvor die französische Regierung in Kenntnis gesetzt zu haben.

Auch Deutschland braucht Garantien.

TU London, 13. Juni. (Drahtb.) Nach einer Meldung des „Daily Mail“ aus New York ist ein großer Teil der amerikanischen Presse und die Regierung der Ansicht, daß Deutschland berechtigt sei, von Frank-

Anlage-Papiere			Industrie-Papiere		
Dollar-Sch.-A.	11	93.00	10	93.00	10
D. R. - Sch.-A.	11	96.50	10	96.50	10
Deutsche V. L. X.	11	77.50	10	77.50	10
D. R. - Sch.-A.	11	88.50	10	88.50	10
Deutsche V. L. X.	11	89.00	10	89.00	10
D. R. - Sch.-A.	11	90.00	10	90.00	10
Deutsche V. L. X.	11	91.00	10	91.00	10
D. R. - Sch.-A.	11	92.00	10	92.00	10
Deutsche V. L. X.	11	93.00	10	93.00	10
D. R. - Sch.-A.	11	94.00	10	94.00	10
Deutsche V. L. X.	11	95.00	10	95.00	10
D. R. - Sch.-A.	11	96.00	10	96.00	10
Deutsche V. L. X.	11	97.00	10	97.00	10
D. R. - Sch.-A.	11	98.00	10	98.00	10
Deutsche V. L. X.	11	99.00	10	99.00	10
D. R. - Sch.-A.	11	100.00	10	100.00	10
Deutsche V. L. X.	11	101.00	10	101.00	10
D. R. - Sch.-A.	11	102.00	10	102.00	10
Deutsche V. L. X.	11	103.00	10	103.00	10
D. R. - Sch.-A.	11	104.00	10	104.00	10
Deutsche V. L. X.	11	105.00	10	105.00	10
D. R. - Sch.-A.	11	106.00	10	106.00	10
Deutsche V. L. X.	11	107.00	10	107.00	10
D. R. - Sch.-A.	11	108.00	10	108.00	10
Deutsche V. L. X.	11	109.00	10	109.00	10
D. R. - Sch.-A.	11	110.00	10	110.00	10
Deutsche V. L. X.	11	111.00	10	111.00	10
D. R. - Sch.-A.	11	112.00	10	112.00	10
Deutsche V. L. X.	11	113.00	10	113.00	10
D. R. - Sch.-A.	11	114.00	10	114.00	10
Deutsche V. L. X.	11	115.00	10	115.00	10
D. R. - Sch.-A.	11	116.00	10	116.00	10
Deutsche V. L. X.	11	117.00	10	117.00	10
D. R. - Sch.-A.	11	118.00	10	118.00	10
Deutsche V. L. X.	11	119.00	10	119.00	10
D. R. - Sch.-A.	11	120.00	10	120.00	10
Deutsche V. L. X.	11	121.00	10	121.00	10
D. R. - Sch.-A.	11	122.00	10	122.00	10
Deutsche V. L. X.	11	123.00	10	123.00	10
D. R. - Sch.-A.	11	124.00	10	124.00	10
Deutsche V. L. X.	11	125.00	10	125.00	10
D. R. - Sch.-A.	11	126.00	10	126.00	10
Deutsche V. L. X.	11	127.00	10	127.00	10
D. R. - Sch.-A.	11	128.00	10	128.00	10
Deutsche V. L. X.	11	129.00	10	129.00	10
D. R. - Sch.-A.	11	130.00	10	130.00	10
Deutsche V. L. X.	11	131.00	10	131.00	10
D. R. - Sch.-A.	11	132.00	10	132.00	10
Deutsche V. L. X.	11	133.00	10	133.00	10
D. R. - Sch.-A.	11	134.00	10	134.00	10
Deutsche V. L. X.	11	135.00	10	135.00	10
D. R. - Sch.-A.	11	136.00	10	136.00	10
Deutsche V. L. X.	11	137.00	10	137.00	10
D. R. - Sch.-A.	11	138.00	10	138.00	10
Deutsche V. L. X.	11	139.00	10	139.00	10
D. R. - Sch.-A.	11	140.00	10	140.00	10
Deutsche V. L. X.	11	141.00	10	141.00	10
D. R. - Sch.-A.	11	142.00	10	142.00	10
Deutsche V. L. X.	11	143.00	10	143.00	10
D. R. - Sch.-A.	11	144.00	10	144.00	10
Deutsche V. L. X.	11	145.00	10	145.00	10
D. R. - Sch.-A.	11	146.00	10	146.00	10
Deutsche V. L. X.	11	147.00	10	147.00	10
D. R. - Sch.-A.	11	148.00	10	148.00	10
Deutsche V. L. X.	11	149.00	10	149.00	10
D. R. - Sch.-A.	11	150.00	10	150.00	10

...nnten Paketen
...tes überall
eta=
...renkaffee.

Postkraftwagen,
Husbach, 4-5 Tonnen, mit 2
Anhängern, in gutem Fahr-
zustand zu verkaufen. Interess.
anfragen beliebig.

07-7418



Don
Dr. Cha Mensch.

